Preussens Bemühungen um die Geltung des Vertragswerkes

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **51 (1952)**

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Achtes Kapitel

Preußens Bemühungen um die Geltung des Vertragswerkes

Im Kabinettsministerium und im Heer hatte man sich schon lange daran gewöhnt, diesen Krieg mehr und mehr als einen Einsatz im Dienste Österreichs zu betrachten, um dessen überkommene Bastionen am Oberrhein und in Flandern gegen die von der Revolution wiederaufgegriffenen Ansprüche des bourbonischen Königtums zu verteidigen. Es setzte sich in Preußen die Überzeugung durch, nicht durch einen fundamentalen Gegensatz zu Frankreich, sondern man möchte fast sagen durch zufällige Entwicklungen der Politik in diesen Krieg hineingeraten zu sein. Eine tiefer liegende nationale Feindschaft hatte man jedenfalls preußischerseits nicht empfunden.

Nun war das Ringen vorbei. Im Westen hatte man kleinere Gebietsfetzen preisgeben müssen, dafür aber im Osten einen erheblichen Landzuwachs eingesteckt. Gegenüber Frankreich hatte der Krieg keine Gefühle der Mißgunst zurückgelassen. Im Gegenteil, der Prinz Heinrich war keineswegs der einzige, der über eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen hinausgehend sogar der Wiederherstellung der alten Allianz das Wort redete. Dieser Gedanke lag in der Tat nahe, da sich die Anzeichen dafür häuften, daß Frankreich in England und Österreich letztlich seine Gegner bekämpfte und diese durch einen Frieden mit Preußen und bald darauf auch mit Spanien zu isolieren suchte [1]. Allein das Verhältnis zur Republik war durch die Abmachungen vom April und Mai noch nicht geklärt. Zwar wurden die Truppen angewiesen,

---

handlungsteilnehmer in Basel ein. Hardenberg und Barthélemy erhielten kostbares Porzellan. Meyerinck und Harnier erhielten goldene, mit Diamanten geschmückte Dosen. Bacher, Marandet und La Quiante ein ähnliches, mit Juwelen geschmücktes Geschenk. Ochs bekam von Preußen fünf kostbare Vasen und von der Republik – allerdings erst im folgenden Jahr – ein kostbares Porzellanservice. Schmerz erhielt eine Jahresrente von 800 Talern, mußte sich aber feierlich verpflichten, niemals mündlich oder schriftlich zu irgendjemandem etwas über die Basler Verhandlungen auszuplaudern (Heigel, II, 175, 181; Steiner, I, 465; Harnier an den König, 8. 6. 1795; Hardenberg an das Kabinettsministerium, 25. 6. 1795; Pr. G. St. A.).

[1] Im September 1794 kam es zu einer ersten spanisch-französischen Fühlungnahme, die dann zwischen Januar und März 1795 zu einer förmlichen Friedensverhandlung und nach mancherlei Schwierigkeiten am 22. 7. 1795 im Hause Ochs' zur Unterzeichnung des Friedensvertrages führte (Ochs-Korresp., I, S. CC ff. und 453 ff.; vgl. bes. den von Tausserat-Radel bearbeiteten 6. Band der Papiere Barthélemys).

die zu Preußen neigenden Stände freundlicher zu behandeln als die in enger Verbundenheit mit Österreich verbleibenden. Zwar sollte neutrales Land außerhalb der vereinbarten vier Durchgangsstraßen nicht betreten werden. Aber der Wohlfahrtsausschuß hatte doch auch erklärt, daß die Stände erst ihre Kontingente zurückziehen müßten, bevor ihnen die Vorteile der Demarkationslinie wirklich zuteil würden [2]. Er hatte die Neutralität von Mainz abgelehnt und Hardenbergs Bitte, Barthélemy zum Gesandten in Berlin zu ernennen, ebenso zurückgewiesen wie das Ansinnen des Königs, alle künftigen Verhandlungen nach Frankfurt zu verlegen [3].

Diese Haltung Frankreichs ließ Rückschlüsse zu auf die Behandlung der für Preußen ungleich wichtigeren Fragen der zukünftigen Grenze und der Vermittlung eines Friedens für die übrigen Reichsstände. Als Gervinus in jenen Tagen von Hardenberg zur Klärung angeblicher französisch-österreichischer Friedensgespräche nach Paris entsandt wurde, erklärte ihm Sieyès, da das Reich die Republik noch nicht anerkannt habe, könne diese auch das Reich nicht mehr als einheitlichen völkerrechtlichen Körper anerkennen, sondern werde Separatverträge mit denjenigen deutschen Ständen abschließen, die ein gutes Einvernehmen mit ihr wünschten. Vom Standpunkt einer konstruktiven preußischen Reichspolitik aus klang das wenig verheißungsvoll. Hätte man die in Paris herrschenden Anschauungen genauer gekannt, es wäre der preußischen Staatskunst manche herbe Enttäuschung erspart geblieben. Gewiß war die Forderung der Rheingrenze noch kein allgemeingültiges nationales Dogma. Aber es mußte doch sehr schwierig sein, das einmal aufgegebene Terrain zurückzugewinnen. Der gemäßigten Partei, zu der Boissy d'Anglas, Aubry, Fréron, Barras und andere gehörten und die einen allerseits ehrenvollen Frieden anstrebten, um im Innern eine tragbare liberale Verfassung zu ermöglichen und mit allen Kräften den historischen Kampf gegen England fortzusetzen, standen im Konvent die extremen Republikaner gegenüber, die Sieyès, Reubell, Treilhard, Tallien, Chenier, Gillet,

---

[2] Nur Hessen-Kassel hatte seine Truppen zurückgezogen – bis auf einen Teil der Artillerie, den die Österreicher gewaltsam zurückhielten. Im übrigen hatte der Kaiser befohlen, keinem Kontingent zu erlauben, sich von der Reichsarmee zu trennen.

[3] Hardenberg an den W. F. Ausschuß, 24. 4. und 18. 5. 1795 (Pr. G. St. A.); der W. F. Ausschuß an Hardenberg, 4. 5. 1795 und 3. 6. 1795 (Pr. G. St. A.); Hardenberg an das Kabinettsministerium, 15. 5. 1795 (Pr. G. St. A.). Die Ablehnung der Entsendung Barthélemys nach Berlin erfolgte mit dem Hinweis, daß dieser für die demnächstigen Verhandlungen nicht entbehrlich sei.

Carnot u. a., von denen die einen mehr im Bunde mit Preußen, die anderen mehr mit Österreich die unabdingbare Forderung nach der Rheingrenze vertraten. Nicht zuletzt schwebte vielen von ihnen vor, durch die Bildung einer Reihe von Vasallen- und Protektionsstaaten im deutschen Westen ein immerwährendes Einflußgebiet von Basel bis Holland zu begründen. Mochte dieser Gedanke auch nicht überall den gleichen Beifall finden, so war der Einfluß Sieyès' und seiner Freunde doch stark genug, um so in ihren Entschlüssen nicht immer gefestigte Naturen wie Cambacérès und Merlin de Douai wieder für die These der «natürlichen Grenzen» zu gewinnen [4]. Natürlich gab es auch im Wohlfahrtsausschuß Verfechter eines gemäßigten Friedens, aber diese sahen sich majorisiert von Sieyès, Reubell und Treilhard, die innerhalb des Ausschusses die bedeutsame diplomatische Sektion bildeten und in ihrem Verlangen nach der Rheingrenze sich von Doulcet, Gillet und anderen unterstützt sahen. Diese waren es, die durch Barthélemy zu erkennen gaben, daß Preußen seine Erwartungen nicht gar zu hoch schrauben möge. Man müsse vom König die Erfüllung aller übernommenen Verpflichtungen verlangen, wie die Säuberung Hannovers von fremden Truppen, und der Ausschuß dürfe nicht widerspruchslos hinnehmen, was der König dem Reichstag vorgeschlagen habe, nämlich alles zu tun, um dem Reiche das linke Rheinufer zu erhalten. Denn das bedeute doch, der Entscheidung über die Rückgabe der Eroberungen vorzugreifen, obwohl der Friede eher ihre Beibehaltung erwarten lasse. Der Rhein sei die Grenze, erklärte Sieyès beim Empfang des Geheimrats Gervinus schneidend; so habe der Konvent sich ausgesprochen, und der Wohlfahrtsausschuß habe diesen Beschluß zu respektieren. Zwar brauche auch Frankreich den Frieden, aber es müsse ein glorreicher Friede sein. An Preußen liege es, diskutable Grundlagen hierfür zu schaffen [5].

Preußen tat alles, um den Weg des Ausgleichs mit Frankreich nicht wieder zu verlassen. Die allgemeine Sehnsucht nach einem Frieden trieb die Menschen in die Kirchen, und bei der Feier der

---

[4] Vgl. Sorel, Rev. hist., XVIII, 274 ff. Gervinus' Berichte vom 14. und 15. Juni, 17. und 21. Juli 1795 bei Bailleu, I, 397–402; ferner Ranke, Hardenberg, V, 103 und Sandoz' Berichte vom Dezember 1795 und August 1796 bei Bailleu, I, 41 und 85 sowie i. Pr. G. St. A.; über Cambacérès siehe Thiry und Vialles passim.

[5] Nach der Umbesetzung vom 3. 6. 1795 wurde der W. F. Ausschuß von folgenden Mitgliedern gebildet: Treilhard, Reubell, Sieyès, Cambacérès, Aubry, Tallien, Marec, Gillet, Roux, Vernier, Déformon, Rabaut, Doulcet, Blad, Gamont und Larivière. Vgl. hierzu auch Reynaud, II, 219 und 221.

Wiedereröffnung des Weseler Theaters, Weihnachten 1795, huldigte man dem König von Preußen begeistert als dem Friedensbringer und stellte seine Büste neben die der Friedensgöttin. Vor allem aber waren es nüchterne Alltagserwägungen, die die Berliner Politik bestimmten. Namentlich von Haugwitz darin bestärkt, wünschte der König nichts so sehr, als still zu sitzen und jeder Beteiligung an den großen Fragen der europäischen Staatskunst enthoben zu sein. Das neutrale Gebiet hinter der Demarkationslinie nicht noch einmal einem Krieg auszusetzen, galt ihm fortan als Inbegriff seiner Staatsweisheit. Ihr hätte er, wenn es sein mußte, jedes Opfer gebracht. Zwar wurde die preußische Friedenspolitik von den bisherigen Verbündeten einmütig verurteilt, aber es darf nicht vergessen werden, daß Preußen ernstlich bemüht war, die Beziehungen zu den großen Mächten nicht nur nicht abreißen zu lassen, sondern erneut sorgsam zu pflegen. Es war vor allem Hardenberg, der – seinen König hinter sich wissend – die Annäherung an Österreich betrieb. Wenn Reuß nach Wien meldete, der Basler Friede sei zwar geschlossen, aber dennoch müßten für die Zukunft beide Mächte eng zusammenarbeiten, denn der Weg nach Basel sei mehr gezwungen als freiwillig beschritten worden, so war das im Grunde Hardenbergs Ansicht, die aus diesen Worten sprach[6]. Das Fatale aber war dabei, daß Preußen seine Machtpositionen vornehmlich in der Richtung des südwestlichen Deutschlands suchen konnte und daß es dabei immer wieder auf den selbstverständlichen Widerstand Österreichs stoßen mußte. Hardenbergs so weit nach Süden ausgreifende Demarkationslinie blieb bestehen. Es gab sich kaum jemand der Illusion hin, daß die ausgehandelten Etappenstraßen Österreich versöhnen konnten. Darüber hinaus aber auch den übrigen Ständen zu ermöglichen, aus dem Kriege auszuscheiden, mußte sehr wahrscheinlich den völligen Bruch mit Wien bedeuten. Die Trennung von den bisherigen Verbündeten hätte wohl noch nicht zu einer so tiefgehenden Entfremdung geführt, wenn mit dem Frieden nicht zugleich jener Vorstoß in das «dritte» Deutschland verbunden gewesen wäre. Jeder Schritt Preußens mußte in Wien zu empfindlichen Reaktionen führen. Was Preußen erwarb, mußte Wien erst verlieren; was es sammelte, mußte es dem Kaiser erst abringen; was es seinen Mitständen im Westen und Süden zu bieten hatte, nämlich Frieden und Neutralität, dem hatte der Kaiser nichts anderes entgegenzusetzen als Kampf und wiederum Kampf um die Rückgewinnung des Verlorenen. Indem aber Frankreich die auf eine Schwächung

[6] Reuß an Thugut, 5. 7. 1795 (Vivenot-Zeißberg, Quellen, V, 273 ff.).

des Reichsgefüges gerichtete Politik seiner Könige fortsetzte und zugleich eine feste Gruppierung um den preußischen Norden im Grunde negierte, versetzte es den Hohenzollernstaat in die ungünstige Lage, nur mit leeren Händen vor die süddeutschen Stände treten zu müssen. Österreich aber gewann dadurch eine Möglichkeit, seine Gegenminen zu legen.

Für Wien war die Linie militärisch zunächst überhaupt nicht vorhanden [7]. Wer Jahrhunderte hindurch die Führung des Reiches innegehabt hatte, konnte weder freiwillig auf die alten Rechte verzichten, noch mit einem Schlage aus seiner reichsoberhauptlichen Stellung verdrängt werden. Die Geschichte hatte Österreich gleichsam ein Recht verliehen, das sich nun selbst verteidigte. Daß die allgemeine Erschöpfung Preußen gezwungen hatte, sich vom Kriege zurückzuziehen, fand in der österreichischen Staatskanzlei keinen Glauben. Nach der ersten Eruption des Zornes übte das Ministerium Thugut eine gewisse Zurückhaltung, um jedoch desto beharrlicher nach Mitteln zu suchen, die preußischen Absichten in ihr Gegenteil zu kehren. Das preußische Beispiel konnte im Süden Schule machen und zu einer Konstruktion führen, mit der sich selbst diejenige von 1785 nicht vergleichen ließ. An dieser Stelle hatte Österreich zuerst einzugreifen. Denn hier konnte jeder Schritt Preußens eine Niederlage des Kaisers bedeuten. Sie zu verhindern, gebot das Interesse des Erzhauses. Beide Mächte rangen um die Geltung ihrer Größe, und das Objekt ihres Ringens war das ohnmächtige Reich.

Thugut erkannte diese Lage. Er vermochte selbst Lucchesini zu täuschen, der schon bald nach der Unterzeichnung der Konvention von aufrichtigen und freundlichen Gesinnungen des Wiener Hofes berichten zu können glaubte [8]. Auf der Reise von Basel nach Berlin (Ende Mai) [9] hatte Hardenberg mit dem ihm schon seit

---

[7] Der Kaiser verbot kurzerhand jede Diskussion über die Linie. Clerfayt habe keine preußischen Vorschläge anzuhören, sondern seine offensiven Operationen fortzusetzen. Wenn man dann unter dem Vorwand der beanspruchten Demarkation von ihm die Räumung etwa besetzter Plätze verlange, solle er antworten, daß Kaiser und Reich diese Linie noch nicht anerkannt hätten. Es läge dann beim König, sich an den Kaiser zu wenden, um andere Befehle für Clerfayt zu erwirken. (Der Briefwechsel zwischen dem Kaiser und Clerfayt vom Mai und Juni 1795 bei Vivenot, Thugut-Clerfayt-Wurmser, 122 ff. Thugut an Clerfayt, 21. 5. 1795, daselbst S. 132.)

[8] Lucchesinis Bericht, Wien, 10. 6. 1795 (Pr. G. St. A.).

[9] Anlaß zu Hardenbergs schnellem Entschluß, sich zur Berichterstattung nach Potsdam zu begeben, war seine Begegnung mit Pichegru und Merlin de Thionville in Hüningen am 18. Mai. Seine Befürchtungen, es könne in geheimen Verhandlungen zu einem französisch-österreichischen Frieden auf der

seiner Studienzeit bekannten Grafen Lehrbach in Frankfurt eine Unterredung. Er war optimistisch genug, die unverbindlich zustimmenden Äußerungen des klugen Österreichers so zu deuten, daß selbst Österreich unter keineswegs unüberwindlichen Schwierigkeiten für das große allgemeine Friedenswerk unter preußischer Ägide zu haben sei [10]. Die Unterredung war ungewöhnlich herzlich verlaufen. In den stärksten Ausdrücken beteuerte Lehrbach, daß sein Hof nicht mit Preußen sich entzweien wolle, und selbstverständlich leugnete er auch die geringste Beteiligung Österreichs an einer neuerlichen Wiederaufnahme des bayerischen Projektes.

Inzwischen aber hatte Thugut bereits eine Gegenaktion eingeleitet. Schon am 4. Mai kam eine Abmachung zustande, in der sich der Kaiser gegen hohe englische Subsidien verpflichtete, für die Zukunft wenigstens 200 000 Mann ins Feld zu stellen [11]. Diese Verbindung verdichtete sich am 20. Mai zu einer förmlichen Allianz, die durch den am 29. September erfolgten Beitritt Rußlands den König von Preußen vollends isolierte. Denn auch alle auf das Reich gerichteten Aussichten hatten sich inzwischen zerschlagen. Die preußische Staatskunst stand am Grabe ihrer Hoffnungen.

Denn dieses und nichts anderes waren Absicht und Ergebnis der Reise Lehrbachs in das obere Deutschland [12]. Thugut ließ alle Minen springen. Der für diplomatische Sondermissionen so hochgeschätzte Graf war geschickt genug, die tatsächlichen Absichten Preußens zu sondieren, um sie hernach ganz zu vereiteln. Seine Aufgabe, die Stände von einem Anschluß an Preußen abzuhalten, war nicht leicht. Als nämlich Preußen am 1. Mai in Regensburg eine Erklärung über den Abschluß von Basel zirkulieren ließ und seinen Mitständen die verklausulierte Anfrage vorlegte, ob sie nicht die Gelegenheit des preußischen Friedens benutzen wollten, selber mit der Republik auf dem Umwege über Berlin ins Gespräch zu kommen, stieß es überall auf ein tiefes Friedensbedürfnis und oft genug auf eine deutliche Zuneigung zu seiner Politik. Aber es

---

Basis der Abtretung der Rheinlande und der Erwerbung Bayerns durch Österreich kommen, erreichten damals ihren höchsten Grad. Zur Klärung der Sachlage entsandte er Gervinus nach Paris, während er selbst noch am 20. Mai nach Potsdam reiste (Hüffer, I, 142 ff. und Ergänzungsband, 175 ff., ferner Schlumberger, 228).

[10] Vgl. Hardenberg an den König, 8. 7. 1795; an das Kabinettsministerium, 14. 5. 1795; an Gervinus, 27. 7. 1795; Möllendorff an Hardenberg, 31. 5. 1795 (Pr. G. St. A.).

[11] Die Höhe der Subsidien betrug insgesamt 4,6 Millionen Pfund. Schick nennt irrtümlich nur 600 000 Pfund (Schick, S. 185, Anm. 32).

[12] Ernstberger, a. a. O., 120 ff.

waren auch noch in fast allen Ständen reichspatriotische Gefühle lebendig, die Lehrbach klug zu nützen verstand. Zwar waren nur noch wenig Fürsten so kaisertreu wie Clemens Wenzel von Trier, der seine Zelte in Augsburg aufgeschlagen hatte und von einer Fortsetzung des Kampfes sich eine Rückkehr in sein verlorenes Territorium versprach. In München drängte Karl Theodor energisch auf Frieden und drohte, sich an Preußen zu wenden, wenn sich der Kaiser nicht dafür einsetzte. Der in Bad Mergentheim sich aufhaltende Max Franz von Köln verhielt sich ebenfalls zurückhaltend und suchte, wohl im Hinblick auf seine münsterschen Lande, seine Haltung gegenüber Preußen zu rechtfertigen [13]. In Aschaffenburg zeigte Friedrich Karl von Erthal wenig Neigung, vorbehaltlos dem Ruf des Kaisers zu folgen. Doch trotz all dieser Vorbehalte bekam Lehrbach vielfach Worte zu hören, die ihm unter den obwaltenden Umständen völlig genügen mußten [14]. Lehrbach gewann geradezu den Eindruck, daß letztlich nur geringe Neigung bestand, sich ganz dem selbstgerechten Vorgehen Preußens anzuschließen. Überall war noch ein deutliches Maß von Anhänglichkeit an das Reich und seine uralten Daseinsformen zu verspüren. Man begegnete den preußischen Sondierungen mit dem unmißverständlichen Hinweis auf die Notwendigkeit, die neue Lage im Rahmen der Verfassung auf dem Regensburger Reichstag zu überprüfen. So etwa dachten Kursachsen und Kurköln, und Mainz wünschte in geradliniger Fortsetzung seiner Anträge vom Jahre zuvor eine gemeinsame preußisch-kaiserliche Aktion zur Erlangung des Reichsfriedens und suchte nichts dringender zu verhindern als eine dauernde Entzweiung Preußens und Österreichs. Indem somit wichtigste Reichsstände die Friedensfrage erneut vor das Forum des Reichstages gebracht sehen wollten und im Rahmen des Reiches einen Frieden anstrebten, hatte Lehrbach im Grunde alles, was er wollte. Daß die Fürsten ihn nicht mit Kriegsgeschrei empfingen, hatte er ohnehin nicht erwartet. Seine Mission war schon ein Erfolg, wenn er verhinderte, daß die friedensbedürftigen Stände etwa mit wehenden Fahnen zu dem Rivalen im Norden überliefen. Das hat Lehrbach erreicht. Stärkte er die einen in ihren kaisertreuen Empfindungen, so machte er die anderen irre in ihren Neigungen zu Preußen. Wo man seiner Ankunft

---

[13] Braubach, Max Franz, 292, 296; Ernstberger, 127.

[14] Selbst Albini schrieb an Hardenberg (15. 4.), es könne kein Friede sein, solange Frankreich nicht von seiner Forderung nach der Rheingrenze abgehe; eher müsse man sich bis zur Verzweiflung schlagen (Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 565; vgl. daselbst auch S. 568 ff.).

mit Unbehagen entgegengesehen hatte, da sollte seine Warnung, Österreich werde sich gegebenenfalls auf sich selbst zurückziehen und das Reich einem ungewissen Schicksal überlassen, die Fürsten doch von der Notwendigkeit einer Hinzuziehung Österreichs überzeugen. Folgten diese aber nicht unmittelbar nach dem Basler Frieden den preußischen Angeboten, so war die ernsteste Gefahr für Österreich schon gebannt. Jeder Tag, der verstrich, kam ihm zugute. Nachdem Lehrbach gesprochen, kam es den meisten wie ein verwegenes Unterfangen vor, ohne den Kaiser dem König von Preußen zu folgen. Von Hessen-Kassel abgesehen, versprachen sich die Fürsten durchweg von einem auf dem Reichstag verabredeten gemeinsamen Vorgehen einen besseren Ausweg aus der Bedrängnis. In Regensburg war es dann auch, wo Lehrbach seine Reise mit der Vereitelung der preußischen Absichten krönte.

Die Vorgänge in Regensburg brauchen hier nicht ausführlich dargestellt zu werden. Was zu wissen nötig ist, hat neuere Forschung aufgewiesen [15]. Hardenbergs optimistischer Glaube, die Republik möchte am Ende doch noch auf das linke Rheinufer verzichten, erwies sich als trügerisch. Alle seine Gespräche mit Barthélemy über die Möglichkeiten eines von Preußen zu vermittelnden Reichsfriedens, über die Behauptung des linken Rheinufers, über die Neutralisierung von Mainz, über die Wiedereinsetzung der preußischen Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten blieben unfruchtbar [16]. Man hatte in Paris erkannt, daß von Preußen weder eine tatkräftige Unterstützung der eigenen Politik zu erwarten noch ein Wiedereinlenken in die Reihe der Feinde der Republik zu befürchten war. Nun aber konnte mit einer raumverlangenden Republik im Bunde Preußen nur schwerlich eine aktive Reichspolitik betreiben. Daß Frankreich nicht bereit war, seine Ansprüche zu beschneiden, hat Preußen auf das schwerste geschadet. Denn nur dann, wenn es mit einer Garantie der bisherigen Grenzen vor seine Mitstände trat, durfte es hoffen, die nach politischen Neigungen und Interessen so verschiedene Welt der deutschen Fürsten für den Gedanken eines Friedens unter seiner Führung zu gewinnen. Die Erklärung, die Görtz dem Reichstag übergab, legte zwar in glücklicher Formulierung die Zwangslage dar, in der der König gehandelt hatte, und verband damit eine ebenso geschickte Be-

---

[15] Siehe hierzu Schick und Ernstberger passim; ergänzend Schwarz, Rechtsrheinisch Nassau, 21 ff. und 30 ff. und Frankenstein, 202 ff.

[16] Bericht Hardenbergs vom 10. 4. 1795 und Weisung an ihn vom 20. und 27. 4. 1795; seine Note an Barthélemy, 14. 5. 1795 (Pr. G. St. A. und Bailleu, I, 1 ff.).

gründung dafür, daß auch dem Reich eigentlich nicht anders zu handeln übrigbleibe [17]. Wer sie las, mochte wohl glauben, daß hier der einzig mögliche Weg aus der allgemeinen Krise gewiesen würde. Aber Österreich führte den Kampf mit einer Verschlagenheit, der sich Preußen nicht gewachsen zeigte. Zunächst aus der Ferne der süddeutschen Hauptstädte, dann von seinen Regensburger Gemächern aus setzte Lehrbach im vollen Einvernehmen mit Thugut die Steine seines diplomatischen Spieles, die Görtz festlaufen ließen. Österreich tat, als strebe es selber den Frieden an. In der Maske der Friedensfreunde plädierten die österreichischen Vertreter für die unbedingte Geltung der Reichsverfassung und bekundeten offen ihren Abscheu gegen jedes separate Vorgehen in der Friedensfrage [18]. Da man in Wien Zeit gewinnen mußte, konnte man mit Zuversicht den Regensburger Verhandlungen folgen. Denn hier gab es nun jenes von Lehrbach so sehr ersehnte Beraten und Beschließen und Zerreden aller Anträge, und niemand wußte besser als Österreich Bescheid auf dieser so wunderlichen Klaviatur der Regensburger Versammlung.

Preußen war bald im Nachteil. Mit den Geheimklauseln bezüglich des linken Rheinufers konnte und durfte es nicht hervortreten. Österreich dagegen setzte seine eigene Politik ins rechte Licht. Das kaiserliche Hofdekret vom 19. Mai [19], noch mäßig zwar in seinen Ausdrücken, ließ keinen Zweifel darüber zu, daß Wien zutiefst den preußischen Frieden ablehnte und eine Vermittlung des Königs nicht zuließ. Der Kaiser forderte den Reichstag auf, ungesäumt über die Ernennung einer Friedensdeputation zu verhandeln. Auf die Unverletzlichkeit der Verfassung und der Reichsschlüsse sich berufend, sprach er die Erwartung aus, daß die Stände auch in Zukunft ihren Obliegenheiten getreulich nachkommen möchten.

Zunächst brauchte man in Berlin mit dem Gang der Beratungen gar nicht so unzufrieden zu sein. Dann aber rückten die Österreicher mit der unverhohlenen Drohung heraus, man werde niemals einer preußischen Vermittlung zustimmen und lieber eine Verwendung Dänemarks annehmen oder gar seine Streitkräfte zum Schutze des eigenen Territoriums aus dem Reiche zurückziehen,

---

[17] K. L. v. Haller, II, 15; E. L. Posselt, II, 154; Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 233 ff.; Ernstberger, 131 f.; Schick, 189 f.; Kaulek, V, 296; Frankenstein, 208 f.

[18] Buol-Schauenstein wurde am 24. 4. von Thugut angewiesen, den Friedenswillen des Kaisers im Sinne eines *Gesamt*friedens zu bekunden (Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 168 ff.). Vgl. auch bes. Ernstberger, 139 f.

[19] Posselt, II, 301 ff.; Haller, II, 32 ff.; Schick, 180 ff.

als mit dem Berliner Hof sein alleiniges Recht auf Eröffnung von Reichsfriedensverhandlungen zu teilen [20]. Diesen Drohungen gegenüber verfingen die Werbungen des Grafen Görtz nicht mehr. Selbst das einer preußischen Vermittlung nicht abgeneigte Kurmainz wurde unsicher und schwankend. Kurkölns bisher gezeigtes Verständnis für eine Hinzuziehung Preußens verblaßte. Görtz' Hoffnungen schmolzen schnell zusammen. Als es nach langen Beratungen endlich zur Abstimmung kam und am 3. Juli das Reichsgutachten vorlag [21], sahen zwar auch Thugut und Lehrbach nicht alle ihre Wünsche erfüllt, aber das Abstimmungsergebnis bot doch ein so mannigfaltiges Bild, daß aus ihm die unsagbare Schwere eines Zusammenschlusses um Preußen klar hervorging und nicht einmal von einem moralischen, geschweige von einem tatsächlichen Erfolg Preußens gesprochen werden konnte [22]. Preußen bedurfte nach dem Abschluß von Basel eines ganzen, nicht aber eines geteilten Erfolges. Einen solchen Teilerfolg stellte aber das Ergebnis des 3. Juli dar. Eine «konstitutionelle Mitwirkung» Preußens bei den Friedensverhandlungen, deren Einleitung jedoch dem Kaiser vorbehalten blieb, konnte Preußen keineswegs genügen. Der Wunsch, der König von Preußen möge «zu Erreichung eines allgemeinen, die Integrität und Verfassung des Reiches sichernden Friedens seine beihilfliche Verwendung und Mitwirkung eintreten lassen», entsprach nicht den Absichten eines Staates, dessen politische Lage doch wenigstens die Einleitung einer ernstgemeinten Friedensunterhandlung und die ausdrückliche Reklamation seiner Verwendung und guten Dienste verlangen mußte. Mehr aber als jene konstitutionelle Mitwirkung, von der Übertragung einer offiziellen Vermittlung an Preußen gar nicht zu reden, war auf der von Lehrbach so meisterlich regierten Bühne des Reichstages nicht zu erreichen. Daß Österreich überhaupt auf die vielfältigen Friedenswünsche einging, hatte wohl nur den Zweck, Preußen nicht gänzlich unkontrollierbar schalten und walten zu lassen. Wie weit war man doch jetzt von der Erfüllung ursprünglicher Hoffnungen entfernt! Zwar schien das Reichstagskonklusum Preußen vor allen übrigen Ständen hervorzuheben, aber im Unterton lehnte es doch jedes separate Vorgehen und somit auch jede Eigenmächtigkeit Preußens ab. Noch einmal hatte sich gezeigt, daß Österreich innerhalb des Reiches von größerem politischen Gewicht war. Deutlicher kam dieser Sieg Österreichs in dem kaiserlichen Rati-

[20] Ernstberger, 142.
[21] Haller, II, 41 ff.; Schick, 207 ff.; Frankenstein, 212 ff.
[22] Ernstberger, 147.

fikationsdekret vom 29. Juli zum Ausdruck [23], in dem es hieß, daß das Reich in ungeteilter Vereinigung sämtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupt einen allgemeinen Frieden im Wege der Konstitution verlange. Aber noch sei eine Vermittlung nicht erforderlich. Noch sei das Reich imstande, mit dem Kaiser zu einem annehmbaren Frieden zu gelangen, und wenn die Mehrheit eine preußische Vermittlung wünsche, so dürfe diese doch eine unmittelbare Verhandlung des Kaisers mit der Republik nicht ausschließen. Noch weiter ging Thugut. In geheimen Weisungen sprach er sich dahin aus, die Friedensbestrebungen nur dilatorisch zu behandeln und in Zukunft auf die Fortsetzung des Krieges bedacht zu sein [24]. Zwar wurde noch im August eine Reichsfriedensdeputation ernannt, aber ihre Zusammensetzung entsprach ganz den Wünschen der Wiener Staatskanzlei. Die Beratung ihrer Instruktion und Vollmacht zog sich planmäßig in die Länge. Der Reichstag war das gegebene Forum für derlei österreichische Absichten.

Überschattet wurden die Regensburger Verhandlungen zur größten Genugtuung Thuguts durch die Kriegsereignisse vom Herbst 1795. Unerachtet mancher Stimmen der Mäßigung, hatten die Verträge mit Preußen und Spanien den Annexionswillen der Franzosen noch gestärkt [25]. In Paris gab man deutlich zu verstehen, daß man weder eine Einschaltung Preußens bei der Anbahnung eines Reichsfriedens, noch eine dänische Vermittlung akzeptieren werde. In Berlin hatte Alvensleben in seiner Ernüchterung schon die Auffassung vertreten, daß Preußen sich unter Umständen einer aktiven Reichspolitik ganz werde enthalten müssen [26]. Allem Anschein nach haben Lucchesini und Finckenstein ähnlich gedacht. Haugwitz und Hardenberg hingegen betrachteten das Ergebnis der Regensburger Beratungen optimistischer. Dem entsprach es dann auch, daß Hardenberg nach seiner Rückkehr nach Basel Ende Juli dem französischen Gesandten Vorschläge unterbreitete, die auf einen sofortigen Waffenstillstand mit dem Reich,

---

[23] Posselt, II, 138 ff.; Haller, II, 43 ff.; Vivenot, Vertrauliche Briefe, I, 238; Schick, 207 ff.

[24] Thugut an Lehrbach, 26. 7. 1795 und die geheime Weisung für den Frhrn. v. Fahnenberg, den Nachfolger Buol-Schauensteins in Regensburg, 18. 8. 1795 (Ernstberger, 151 ff.).

[25] So übergab Roberjot im Herbst dem Konvent einen sehr weitgehende Forderungen enthaltenden Bericht, und Ende September 1795 bekannte sich auch Merlin de Douai noch einmal feierlich zur Forderung der natürlichen Grenzen (Sorel, IV, 428 und V, 25).

[26] Alvenslebens Denkschrift vom 29. 6. 1795 (Bailleu, I, 8 ff.).

auf eine Einstellung aller Kriegsmaßnahmen, auf die Beibehaltung der ursprünglichen Grenze und den Zusammentritt eines für Frankfurt vorgesehenen Friedenskongresses hinausliefen [27]. Allein die unmißverständliche Ablehnung eines Waffenstillstandes brachte Hardenberg mehr und mehr zu der Überzeugung, daß sich die preußische Verständigungspolitik völlig festgefahren hatte. In dieser peinlichen Lage hat Hardenberg «alle Gründe des Herzens und der Loyalität» geltend gemacht, in Berlin um eine Verständigung mit England und den Ostmächten nachdrücklich gebeten und, wie es den Anschein hat, in vollem Ernst an Haugwitz die Bitte gerichtet, in kühner und selbstloser Entschlossenheit durch eine persönliche Aussprache mit Thugut die preußische Politik geradezu auf eine ganz neue Basis zu stellen [28]. Er versicherte, wenn er könnte, so würde er selbst insgeheim bis vor die Tore Wiens gehen und Thugut eine Konferenz anbieten, da nur so die Verwicklung mit Österreich zu überwinden sei. Zu dieser Begegnung ist es nicht gekommen. Vornehmlich Haugwitz hielt ein solches Unterfangen wohl für aussichtslos, und da man in Berlin überzeugt war, daß ein Friede mit Frankreich auf der Grundlage des Status quo ante nicht möglich war, blieb nichts übrig, als das völlige Scheitern der preußischen Politik einzugestehen. Görtz und Hardenberg wurden angewiesen, zu erklären, daß die Bemühungen um einen allgemeinen Waffenstillstand gescheitert seien, daß Preußen alle weiteren Maßnahmen dem Reich überlassen müsse, daß es sich selbst einstweilen nur noch für einzelne Stände

---

[27] Ohne das Reichstagskonklusum abzuwarten, war Hardenberg am 9. 7. von Berlin aufgebrochen. Am 24. 7. traf er in Basel ein. Unterwegs hatte er in Bayreuth mit Görtz die weiteren Maßnahmen hinsichtlich des Reichsfriedens vereinbart (d. d. 13. 7. 1795; Pr. G. St. A.; vgl. auch Bailleu, I, S. XVIII). Noch vor seiner Ankunft in Basel teilte Hardenberg seine Absicht, Reichsfriedensgespräche einzuleiten, Pichegru und Merlin de Thionville mit (Mannheim, 21. 7. 1795, Pr. G. St. A.). Merlins Antwort war enttäuschend (7. 8. 1795, Pr. G. St. A.). Mit tönenden Worten bestätigt er den Friedenswunsch, aber er sei, gemeinsam mit Rivaud, bei der Armee, um die Soldaten zum Kampf zu führen und habe kein Recht zu verhandeln. In Basel legte Hardenberg sogleich, in Überschreitung des mit Görtz vereinbarten Programms, Barthélemy die preußischen Vorschläge vor (in Bayreuth hatten sie vereinbart, *gemeinsam* mit Österreich vorzugehen): 1. sofortiger Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Reich, 2. Einstellung aller Kontributionen und Requisitionen, 3. das von allen Truppen zu räumende Frankfurt sollte Verhandlungsort sein, 4. Frankreich sollte sofort bevollmächtigte Unterhändler dorthin entsenden (Hardenberg an Barthélemy, 24. 7. 1795; Pr. G. St. A.). Die französische Antwort vom 10. 8. war niederschmetternd; der Waffenstillstand wurde abgelehnt, und damit waren auch die übrigen Punkte hinfällig.

[28] Hardenberg an den König, 14. 8. 1795 (Pr. G. St. A.).

verwenden könne. Damit gab Preußen eine Politik auf, die den Sonderfrieden von Basel hatte rechtfertigen sollen [29]. Der Sonderfriede Hessen-Kassels, den Hardenberg vermittelte und der dann am 28. August zum Abschluß kam, blieb als wahrhaft bescheidener Rest allein von den hohen Erwartungen übrig, und selbst dieser blieb in seinem Wert so fragwürdig angesichts des kaiserlichen Hofdekretes vom 18. September, das mit ernsten Worten den Abfall des Landgrafen vom Reich rügte und ein Gutachten über die Vereinbarkeit des Vertrages mit der Reichsverfassung verlangte. Unterdessen aber hatten erneut die Waffen zu sprechen begonnen.

In der Nacht zum 6. September überschritten die Franzosen unter Jourdan in der Nähe von Düsseldorf den Rhein. Man brauchte darin noch nicht unbedingt eine Verletzung der Neutralitätskonvention zu sehen, denn der von den Franzosen besetzte und zum Herzogtum Berg gehörende Eichelkamp war als pfälzischer Besitz für die Franzosen noch Feindesland, aber praktisch bedeutete das Vorgehen Jourdans doch eine schwere Beeinträchtigung des preußischen Ansehens und widersprach, wenn nicht dem Buchstaben, so doch dem Sinn der Abmachungen vom 17. Mai. Trat hier im Norden die Fraglichkeit des preußisch-französischen Verhältnisses grell hervor, so versank im Süden im Feuer der österreichischen Gegenangriffe unter Wurmser und Quosdanowich auch der Rest jeder Friedensbereitschaft.

Damit hatten sich die Hoffnungen zerschlagen, die man preußischerseits an die Basler Verhandlungen geknüpft hatte. Die Stände waren dem Kaiser treu geblieben. Preußen hatte weder im Reich an Anhang gewonnen, noch hatte es die Spannung zu England und Rußland zu lösen vermocht. Auch zu Österreich blieb das Verhältnis gespannt. Und doch hat gerade Hardenberg sich dieses letztere ungewöhnlich angelegen sein lassen. In der Erkenntnis, daß weder Görtz noch Lucchesini für eine Politik der Wiederannäherung in Frage kam, richtete er im Herbst 1795 mehr und mehr die Augen auf den Erbprinzen von Hohenlohe, der für eine solch schwierige Aufgabe die besten Voraussetzungen mitzubringen schien. Sein militärischer Rang verpflichtete ihn dem Reich wie dem König von Preußen. Man wußte an der Donau, daß er das Gemeinsame von jeher über das Trennende zu stellen gewöhnt war und sein Reichspatriotismus ihn gelehrt hatte, in

---

[29] Erlasse an Hardenberg und Görtz vom 25. 8. 1795 (Bailleu, I, 15 f.). Vgl. auch I, S. XIX und Krauel, Prinz Heinrich, 118 f., ferner Hardenberg an den König, 27. 9. 1795 (Pr. G. St. A.); Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 22. 8. und 27. 9. 1795 (Kaulek, V, 423 ff. und 463 ff.), ferner Zierke, 73.

Frankreich den unwandelbaren gemeinsamen Gegner zu sehen [30]. Er empfahl ihm, sich zur allmählichen Überbrückung des Gegensatzes mit dem ihm meinungsverwandten österreichischen Finanzagenten Kornrumpf in Verbindung zu setzen, der sich gerade damals in diplomatischem Auftrag von untergeordneter Bedeutung in Frankfurt aufhielt [31]. Hardenberg wußte: Kornrumpfs Rat galt viel in Wien, vor allem bei Thugut, und Hohenlohe war bei den Österreichern hoch geschätzt, da er immer wieder das beste Einvernehmen mit den kaiserlichen Feldherren, zuletzt mit Clerfayt, gesucht und mit innerster Anteilnahme die Schicksale der österreichischen Armee verfolgt hatte. Guten Mutes griff er Hardenbergs Anregung auf; auch Kornrumpf war dem Gedanken geneigt, doch seine Berichte fanden in Wien eine Aufnahme, die bald alle Hoffnungen zerstörte. Der Unterton des Mißtrauens gegen Preußen blieb hier das alles durchdringende Motiv. Thugut verwies auf Basel und die Belassung Lucchesinis auf dem Wiener Gesandtenposten, und dann waren die österreichischen Erfolge im Oktober für Thugut Anlaß genug, in noch bestimmterem Ton jeden Annäherungsversuch abzuweisen.

Damit war Hardenbergs Versuch, die so verfahrene Politik des Königs noch einmal den Mächten der Koalition anzupassen, Episode geblieben. Zurückhaltung hieß jetzt die Parole. Um den Krieg von den Grenzen des Landes fernzuhalten, war Haugwitz zu Zugeständnissen gegen die Franzosen und die bisherigen Verbündeten bereit. Es kam ihm nicht so sehr darauf an, *wo* die Demarkationslinie verlief, als vielmehr darauf, daß sie überhaupt existierte und respektiert wurde. So unternahm er alles, um durch Hannover

---

[30] Erbprinz von Hohenlohe-Ingelfingen war Reichsgeneral und preußischer Generalleutnant, ein Mittelpunkt des Widerstandes gegen Frankreich. Die Neutralität mit dem Schwert zu verteidigen, war ihm selbstverständlich, während sich das Militärkabinett mit seinem Chef, dem Oberst v. Zastrow, mit einer totalen Passivität im Westen begnügen wollte. Nach energischsten Vorstellungen besonders Hardenbergs wurde die bereits erfolgte Ernennung des friedlichen Kalckreuth zum Oberkommandierenden des preußischen Observationskorps Mitte Juni 1795 rückgängig gemacht. Wenn Hohenlohe ihn dann auch ersetzte, so fand seine Forderung, die Linie zwischen Duisburg und Koblenz bis an den Rhein vorzuschieben, in Berlin jedoch kein Gehör. Im Gegenteil: er erhielt Befehl, die Linie durch Kordontruppen nur bezeichnen zu lassen, sie aber ernsthaft nicht zu verteidigen. Es kam sogar so weit, daß Hardenberg weisungsgemäß auf ultimative Forderungen der Franzosen hin auf die Linie im Raum von Frankfurt verzichten mußte und Hohenlohe sein Hauptquartier schnellstens von Frankfurt nach Ansbach zurückzuverlegen hatte.

[31] Hardenberg an Hohenlohe, 29. 8. 1795; an Haugwitz, 23. 9. 1795 (Pr. G. St. A.).

den Frieden nicht gefährden zu lassen; so wurde Hohenlohe angewiesen, Verletzungen der Linie stillschweigend hinzunehmen und nur eine Verwüstung der betreffenden Landstriche möglichst zu verhindern; und so erwirkte Haugwitz am 24. Oktober vom Monarchen vor allem den Befehl an Hohenlohe, die Demarkationslinie in der Gegend von Frankfurt und Gießen überhaupt aufzugeben und die Truppen nach Ansbach zurückzuführen [32].

Umsonst hatte sich Hohenlohe bei Clerfayt und Jourdan für die Anerkennung der Linie eingesetzt. Jetzt war durch ihre Zurücknahme im Grunde die Neutralität als solche gefährdet. War sie ohne ein neues Abkommen überhaupt aufrechtzuerhalten? Was geschah aber, wenn ein solches Abkommen nicht zustandekam? Niemand empfand so wie Hardenberg die Vereinsamung Preußens, und darum hat auch niemand so verzweifelt wie er einen, wenn auch noch so labilen, Wiedereintritt in das Konzert der großen Mächte gesucht, nachdem die Skrupellosigkeit der Republik ihm eine einseitige Bindung an Frankreich verboten hatte [33]. Allein die Erfolge der österreichischen Waffen im verklingenden Jahre 1795 bestärkten Thugut nur noch darin, jetzt erst recht allen Ständen und besonders Preußen vor Augen zu führen, wer denn eigentlich Herr im Reiche war und was es mit den Pflichten diesem gegenüber auf sich hatte. Alle sollten sie seine starke Hand zu spüren bekommen. Die vielfältigen, bis zur Verhaftung des Grafen Oberndorff und des Abbé Salabert führenden Vergeltungsmaßnahmen gegen Mannheim zeigten, wozu Thugut entschlossen war. Was unter dem Gesichtspunkt territorialer Sicherungspolitik geschah, wurde schonungslos als Verrat an Kaiser und Reich gebrandmarkt. Selten hat sich die österreichische Politik so uneingeschränkt gegen den Willen der Stände durchgesetzt wie damals.

So mußte sich Hardenberg – ein halbes Jahr nach dem Abschluß von Basel – den Fehlschlag der preußischen Politik eingestehen.

---

[32] Vgl. hierzu Friedrich Wilhelm an Romberg, 4. 8. 1795; an Hardenberg, 21. 8. und 26. 10. 1795; an Hohenlohe, 24. 10. 1795; Romberg an den König, 15. 8. 1795; Dohm an Hardenberg, 13. 9. 1795; Hardenberg an den König, 2. 9. 1795; an Dohm, 25. 9. 1795; Zastrow an Hohenlohe, 16. 9. 1795 (sämtlich im Pr. G. St. A. Vgl. auch Krauel, Prinz Heinrich, 120; Schwarz, Rechtsrheinisch Nassau, 56 f. und 65; ferner Bailleu, I, S. XXI und 29 ff.)

[33] Hardenberg an Haugwitz, 23. 11. 1795 (Pr. G. St. A.); ferner Hardenbergs Bericht an den König vom 31. 8. 1795. Zwar war die Weisung des im Oktober in Berlin eingetroffenen Gesandten Caillard noch ziemlich versöhnlich gehalten, aber auch sie lehnte bei Verhandlungen mit einzelnen Reichsständen einen vorhergehenden Waffenstillstand ab. Caillard durfte sich keines Wortes bedienen, dem man den Sinn beilegen konnte, als wolle Frankreich sich mit den alten Grenzen begnügen (Bailleu, I, 20 ff.).

Geduldiges Stillesitzen, das war alles, was er Ende September/Anfang Oktober dem Kabinettsministerium zu empfehlen hatte. Zu tief enttäuscht, um sich Frankreich anzuschließen, zu schwach, um sich noch einmal gegen die Republik zu erheben, zu mutlos, um die Reichsfriedenspolitik noch einmal energisch aufzugreifen, zu übel beleumundet, um nicht von Wien beargwöhnt zu werden, das war Preußen, das jetzt in Resignation den Dingen jenseits der Grenzen zuschaute. Der Verzicht auf die Demarkationslinie bei Frankfurt war nur der sinnfällige Ausdruck dieser Schwäche. Um den Reichsfrieden war es still geworden. Diese Stille nicht zu stören, wurde Görtz von Haugwitz verbindlich angewiesen [34].

In diesen trüben Stunden hat Hardenberg gleichsam sich selbst wiedergefunden. Nicht Lethargie, sondern Mut allein konnte die Ohnmacht überwinden. Noch bevor er am 11. Dezember 1795 Basel endgültig verließ, entwickelte er ein Programm, dem Gegner von gestern noch einmal die Zähne zu zeigen und zum bewaffneten Widerstand, mindestens aber zur bewaffneten Neutralität in Norddeutschland überzugehen [35]. Eine kriegsstarke Armee sollte die Linie hüten und Preußen nicht davor zurückschrecken, sie im Ernstfall gegen alle Angriffe wirksam zu verteidigen. Man dürfe keine Schwäche zeigen, meinte er, sondern müsse die Möglichkeit zu erkennen geben, noch einmal auf die Seite der Feinde Frankreichs zu treten. Nur so sei Preußen in der Lage, in Ruhe den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten, ganz Norddeutschland an sich zu ziehen und eines Tages das endgültige Schicksal der Westgrenze in seinem Sinne zu entscheiden.

Das war gleichsam sein letztes Wort über die Basler Politik. Wenn schon eine preußische Friedensvermittlung nicht zustandekam und das Reich im Kraftfeld der Wiener Politik verblieb, sich in Frankreich der Wunsch nach Eroberungen erneut versteifte und der Staat Friedrichs des Großen sich wieder mehr auf eine sonderstaatliche Politik zurückverwiesen sah, so versprach sich Hardenberg von einer bewaffneten Neutralität immer noch mehr als von einem Verharren im Schatten der Geschichte. Bewaffnete Neutralität lautete daher sein Richtwort, um wenigstens Norddeutschland als integrale Einflußsphäre gegen alle Übergriffe aus Süd und West zu behaupten. Die Republik sollte wissen, daß sie

---

[34] Weisung des Königs an Hardenberg, 7. 9. 1795; Haugwitz an Hardenberg, 12. 9. 1795; siehe auch die Instruktion für Sandoz-Rollin vom 21. 10. 1795 (Pr. G. St. A. bzw. Bailleu, I, 27 ff.).

[35] Ernstberger, 223 ff.; Hardenbergs Berichte vom 14. und 21. 11. 1795 bei Bailleu, I, 31 ff.

es mit einer militärischen Potenz zu tun hatte, und Habsburg erkennen, daß der Norden preußisches Revier war.

In der Tat ging Preußen im Februar 1796 zur bewaffneten Neutralität über. Der Widerhall, den dieser Schritt in Frankreich fand, ließ erkennen, daß man dort die Warnung verstanden hatte. Das war aber auch alles, wozu die Regierung sich aufschwang [36]. Die Bewahrung des Nordens vor der Springflut der Revolution war gewiß kein zu unterschätzender Gewinn, aber es war doch immer noch nicht ausgemacht, ob selbst eine vereinigte norddeutsche Observationsarmee jeden Übergriff Frankreichs hätte verhindern können, wo doch die Republik im Hinblick auf die Haltung Englands immer einen Anlaß zum Einschreiten in Hannover finden konnte. Indem Thugut seine Hand auf den Süden legte und Preußen den Norden vorerst dem Zugriff der Mächte entzog, hatte das Reich die Lasten der Politik beider Länder zu tragen. Für beide war dieses Reich keine Aufgabe und kein Anliegen mehr. Soweit man in die Runde sah, war nirgends ein Anzeichen erkennbar, die Schäden deutscher Staatlichkeit zu überwinden. Preußen hatte seine Fahnen gesenkt. Bald sprach man gar nicht mehr von einer Friedensvermittlung. Zähneknirschend hatte es Ende Oktober den Beitritt zur 3. Polenteilung vollzogen. Rußland hatte im Osten diktiert, Frankreich und Österreich hatten ihre Macht im Westen und Süden bewiesen, England hatte sich durch neue Verträge an Österreich geknüpft. Eingeengt zwischen ihnen lag Preußen, verachtet von den Franzosen, verfeindet mit den Österreichern, verlassen von den Engländern und Russen, verfehdet mit dem Reich, vereinsamt und entmachtet, ein Opfer der Angst und des Kleinmutes, den zu bannen das Geschlecht der Epigonen unfähig war. Mit großen Hoffnungen war man 1792 ausgezogen. Ohne auch nur in einer einzigen offenen Feldschlacht besiegt zu sein, hatte der Staat seine schärfste Waffe zurückgezogen. Heer und Staatswesen befanden sich gleichermaßen in einem verhängnisvollen Niedergang. Die Spaltung des Reiches an der Demarkationslinie war das fatale Ergebnis dieser Politik der Resignation und der mangelnden Tatkraft.

---

[36] In der Folge hat diese scharfe Sprache gegen Frankreich wieder an Heftigkeit verloren. Am 5. 8. 1796 kam es zur Unterzeichnung zweier Verträge, in denen Frankreich die Neutralität Norddeutschlands durch eine im preußischen Sinne abgeänderte Demarkationslinie anerkannte, Preußen dafür auf jeden Widerspruch gegen die Abtretung des linken Rheinlandes verzichtete (Bailleu, I, S. XXV und 61; Braubach, Frankreichs Rheinlandpolitik, 177; R. Guyot, Le directoire et la paix de l'Europe, 213 ff.). Vgl. auch Hüffer, 294 ff. u. Trummel, 22.